

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Zur Abstimmung kommen wir gemäß der gemeinsamen Verabredung erst später.

Ich rufe den **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20** auf.

**Finanzministerium
Allgemeine Finanzverwaltung**

Das Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz werden hier mitbehandelt.

Ich weise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/3012 zum Einzelplan 12, 14/3020 zum Haushaltsgesetz sowie 14/3021 zum Haushaltsbegleitgesetz hin. Es gibt eine Reihe von Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Nummer 63 zum Einzelplan 12 finden Sie in der Tischvorlage und die Nummern 64 bis 68 a zum Einzelplan 20 ebenfalls in der Tischvorlage und in der Ergänzung zum Einzelplan 20.

Die Beratung wird eröffnet durch den Kollegen Peschkes von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Hans-Theodor Peschkes^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hätte ich gerne bei dem Punkt „Allgemeine Finanzverwaltung“ den Finanzminister gesehen. Der Finanzminister ist jedoch krank. Ich wünsche ihm auf diesem Wege gute Besserung. Ich bin sicher, Frau Thoben, Sie werden ihn gut vertreten.

(Beifall von der SPD)

Der Finanzminister hat in der jüngsten Vergangenheit öfter wieder auf die sprudelnden Steuereinnahmen hingewiesen und hat in dem Zusammenhang erklärt – das will ich auch anerkennen –, dass es nicht unbedingt sein Verdienst war, sondern dass es sich um eine gute Portion Glück handelt, weil die Konjunktur einfach günstig ist. Das wiederhole ich für das Protokoll natürlich gerne.

Aber auch wenn die Einnahmen sprudeln, muss es Leute geben, die diese Einnahmen festsetzen, betreiben und verwalten. Das ist die Finanzverwaltung mit ihren Beschäftigten, und um diese Finanzverwaltung sieht es objektiv betrachtet im Moment nicht sehr gut aus. Bei den Beschäftigten macht sich Unmut und Frust breit, weil sich diese Beschäftigten mit all ihren Problemen vom Finanzminister allein gelassen fühlen und sich einer ständig wachsenden Arbeitsflut gegenübersehen, ohne dass Besserung in Sicht ist.

Der Minister hat mit Datum vom 19. September ein Schreiben der rheinischen Finanzamtsvorsteher erhalten, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Dieses Schreiben ist ein Hilferuf an den obersten Dienstherren der Finanzverwaltung, ein Hilferuf, der auf die mehr als prekäre Personal- und Arbeitslage in den Finanzämtern hinweist, ein Hilferuf, der auf die immer komplexere Steuergesetzgebung hinweist und nach Steuervereinfachung verlangt, und ein Hilferuf, der auf die unzureichende IT-Unterstützung in der Finanzverwaltung hinweist.

Meine Damen und Herren, ich habe dieser Steuerverwaltung nicht 39 Jahre – das ist ja Ihre Lieblingszahl –, sondern 40 Jahre angehört. In diesen 40 Jahren ist mir kein einziger Fall bekannt geworden, in dem sich eine Gruppierung von Führungskräften in einer solch massiven Form an den Dienstherren gewandt hat. Wenn das in dieser Form passiert, dann muss Holland in Not sein. Ich sage Ihnen: Holland ist in Not.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: NRW ist in Not!)

– Da haben Sie eigentlich Recht, Herr Kollege.

Nun hatten wir erwartet, dass dem Absender erklärt wird, wie es wirklich in der Finanzverwaltung weitergeht. Aber im Finanzausschuss kommen auf Fragen von uns in dieser Beziehung lediglich Allgemeinplätze wie: Die Finanzverwaltung ist eine leistungsstarke Verwaltung – das stimmt, da kann man gar nicht widersprechen. Die Personalsituation ist relativ günstig – das stimmt überhaupt nicht. Die Finanzverwaltung hat Schwierigkeiten in der Vergangenheit bewältigt, und das wird auch in Zukunft so sein – na ja, das ist ein Orakel.

All das sind aber Aussagen, die der Finanzverwaltung in der jetzigen Situation überhaupt nicht helfen. Das sind Aussagen – das muss ich so sagen –, die allgemeiner und platter nicht sein können. Im Übrigen – auch das muss man erwähnen – warten die Verfasser des Briefes auch heute noch auf eine schriftliche Antwort des Ministers.

Ich will Ihnen erläutern, wie die Situation in den Finanzverwaltungen tatsächlich aussieht. Von der Einkommensentwicklung sind die Angehörigen der Verwaltung – insbesondere die Beamten – schon seit Jahren abgekoppelt. Die letzte tarifliche Erhöhung hat im Jahre 2004 stattgefunden, und das mit einem mickrigen Einkommenszuwachs von einem Prozent.

Obwohl die Steuereinnahmen in Milliardenhöhe steigen, gibt es jetzt lediglich eine Einmalzahlung für die Beamten, die nicht der Rede wert ist, nämlich zwischen 100 und 200 € für 2006 und 350 €

für 2007. Das sind Einmalzahlungen, mit denen die Beschäftigten nicht einmal den Zucker für den Kaffee finanzieren können. Das perfide ist: Sie sind nicht einmal ruhegehaltstfähig, weil es sich um Einmalzahlungen handelt.

Die vom Minister gemachte Bemerkung, das sei eine angemessene Verbesserung der Bezüge, bezeichnet der Beamtenbund – der wirklich nicht revolutionär ist – als puren Zynismus. Dafür habe ich sogar Verständnis.

Es gibt zwar den Auftrag, einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen, aber es gibt auch den Verfassungsauftrag, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angemessen zu alimentieren. Davon ist diese Koalition meilenweit entfernt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kürzung bei den Beihilfen, Streichung des Urlaubsgeldes, Fast-Streichung des Weihnachtsgeldes, Abkopplung von den allgemeinen Tarifentwicklungen, all das führt dazu, dass die Beamten im öffentlichen Dienst Jahr für Jahr weniger im Portemonnaie haben als in den Jahren zuvor.

Und, meine nur spärlich anwesenden Damen und Herren von der Koalition, ich kann es Ihnen nicht ersparen,

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben doch nicht weniger hier als Sie!)

auf die Großdemonstration 2003 vor diesem Hause hinzuweisen. Die Vorgängerregierung hatte seinerzeit das Weihnachtsgeld auf 50 % gekürzt – das war schmerzlich; das will ich nicht verhehlen –, aber eine soziale Staffelung eingebracht. Sie hat immer erklärt, dass diese Kürzung zeitlich begrenzt sei und man sich die Entwicklung der Steuereinnahmen ansehen wolle, um diese Streichung gegebenenfalls zurückzunehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau! Genauso!)

Bei der damaligen Demonstration lief in der ersten Reihe der seinerzeitige Oppositionsführer Rüttgers.

(Gisela Walsken [SPD]: Ganz vorne!)

Er verlangte lautstark eine Rücknahme der Kürzung und erklärte vollmundig, dass er dies im Falle einer Regierungsübernahme selber machen wolle. Was ist passiert?

(Gisela Walsken [SPD]: Versprochen – gebrochen!)

Herr Rüttgers ist Ministerpräsident dieses Landes geworden, aber er hat die Kürzung nicht zurück-

genommen; er hat sie sogar verschärft. Das ist Rosstäuscherei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist auch keine Koalition der Erneuerung; das ist eine Koalition der gebrochenen Versprechen; das ist eine Koalition der Täuschung und Enttäuschung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Lage der Finanzverwaltung ist dramatisch.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das Personal überaltert zusehends. Jetzt wollen Sie auch noch mit PEM – Personaleinsatzmanagement – die jungen und leistungsstarken Beschäftigten aus der Verwaltung abziehen. Das bedeutet, dass sich die Altersstruktur des Personalkegels verschärft, dass sich die Beförderungsmöglichkeiten, die es seit Jahren nur noch dezimiert gibt, noch mehr verschlechtern, dass die Demotivation der Leute zunimmt und immer mehr in die innere Emigration am Arbeitsplatz flüchten. Das ist Gift für eine Verwaltung, die von dem Einsatz und dem hohen Fachwissen der Beschäftigten lebt.

Um PEM durchzusetzen, plant diese Landesregierung zu guter Letzt auch noch einen Anschlag auf das Landespersonalvertretungsgesetz.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Sie wollen angesichts der Einführung des Personalmanagement den einfachen Weg gehen und schränken die Beteiligungsrechte der Personalvertretung ein.

(Zuruf von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das wird nicht laufen, meine Damen und Herren. Sie werden noch rechtzeitig erkennen, dass Sie nicht gegen, sondern nur mit den Beschäftigten der Verwaltung weiterhin auf hohem Niveau arbeiten können.

Wenn ich dann noch einen Rat geben darf ...

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist bekannt! Das bedarf keiner Erkenntnis! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Warum handeln Sie dann nicht?)

– Ganz genau! Herr Henke, dann handeln Sie! Schönfärberei, wie sie von Ihnen betrieben wird, hilft den Leuten in der Finanzverwaltung überhaupt nicht weiter. Sie hilft auch diesem Land nicht weiter.

Ich hätte es Herrn Linssen gerne selbst gesagt, er ist aber nicht hier. Doch ich sehe Frau Marienfeld und Herrn Berg, die ihm sicherlich berichten werden.

(Gisela Walsken [SPD]: Das macht die Frau Wirtschaftsministerin!)

Herr Minister, hören Sie doch einmal, wenn es um die Finanzverwaltung geht, weniger auf externe Unternehmensberater! Die kosten nicht nur Geld, die erzählen Ihnen auch nichts Neues. Was die erzählen, das wissen die Leute in der Finanzverwaltung schon seit Jahren, weil die dort den geballten Sachverstand haben. Und den sollten Sie nutzen!

Dann gibt es in der Finanzverwaltung noch das Zauberwort „Zielvereinbarung“, das aus den Untersuchungen der externen Unternehmensberatungen herrührt und in der Finanzverwaltung mittlerweile zum Unwort der letzten Jahre geworden ist.

Frau Thoben, Sie sind bekennende Anhängerin einer freien Marktwirtschaft. Ich bin es auch, allerdings mehr der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Aber wir beide wissen, dass Zielvereinbarungen das Kernmerkmal der Planwirtschaft waren. An unrealistischen Zielvereinbarungen ist der gesamte Ostblock mit seinem Wirtschaftssystem Pleite gegangen.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

Zielvereinbarungen bestimmen augenblicklich die tägliche Arbeit in der Finanzverwaltung. Dass diese Pleite geht, das wollen wir doch nun wirklich nicht.

(Rudolf Henke [CDU]: Sie haben die Zielvereinbarungen im Hochschulbereich eingeführt!)

Ich sage nur: Lassen Sie die Beschäftigten doch einfach arbeiten, und lassen Sie Ihnen auch einmal Zeit zum Luftholen! Treiben Sie doch nicht jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf!

(Gisela Walsken [SPD]: Genau!)

Ich glaube, weniger Workshops, weniger Arbeitskreise und, wenn man sie schon nicht weg bekommt, dann doch realistische Zielvereinbarungen würden allen Beschäftigten und wohl auch dem Land Nordrhein-Westfalen gut tun. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Klein das Wort.

(Gisela Walsken [SPD]: Tja, das wird jetzt schwierig, Herr Kollege!)

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gestern zu Beginn dieser zweitägigen Haushaltsdebatte vor, mir Notizen über all die Punkte zu machen, bei denen die Opposition – manchmal sogar ganz vehement – fordert, mehr auszugeben, weniger zu sparen, und das dann aufzusummieren.

Das geht ja: Sie können an der einen oder anderen Stelle verlangen – ob bei Personal oder Aufgaben –, dass das Land mehr Geld ausgibt. Es wäre auch schön, wenn Spielräume da wären, all das zu tun, was teilweise durchaus sinnvoll wäre. Aber gleichzeitig beklagen Sie an der einen oder anderen Stelle, dass das Land nach wie vor eine zu hohe Nettokreditaufnahme hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer beklagt das?)

Das können Sie tun. Das ist auch richtig, denn wir haben mit dem Haushaltsentwurf 2007 die Nettokreditaufnahme in diesem Land zwar erneut ganz drastisch reduziert, aber es sind immer noch 3,23 Milliarden €, die dieses Land an zusätzlichen Krediten aufzunehmen hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben gar nichts reduziert!)

Manch einer freut sich, dass das endlich einmal wieder weniger ist als die vom Land eigenfinanzierten Investitionen. Das ist schön. Uns reicht das aber nicht; denn eigentlich müssten wir irgendwann ohne neue Kredite für dieses Land auskommen. Nur, erstaunlich ist, dass Sie in der Lage sind, das eine mit dem anderen zu verbinden – an zahllosen Stellen. Wie gesagt: Ich habe den Versuch, da mitzuschreiben, schnell aufgegeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Schon ein Fehler, Herr Kollege!)

Denn an zahllosen Stellen wurde von Ihnen in den letzten zwei Tagen verlangt, da müsse mehr Geld ausgegeben werden. Wie Sie das gleichzeitig mit dem Vorwurf verbinden können,

(Gisela Walsken [SPD]: Nur Geduld!)

wir würden immer noch zu viele Schulden machen, das bleibt Ihr Geheimnis.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht mehr lange!)

Das kann nur daran liegen, dass Sie das Erinnerungsvermögen der Zuhörer offensichtlich als so gering einschätzen, dass die das eine nicht mit dem anderen abgleichen. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. Sie müssen sich schon entscheiden.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das hat der Rüttgers sechs Jahre lang gemacht! – Heiterkeit und Beifall von der SPD)

– Der Hinweis ist ja nicht ganz falsch. Eine Opposition tut sich mit einem solchen Verhalten natürlich relativ leicht. Wenn Sie das schon so verinnerlicht haben: Sie werden das für die nächsten Jahrzehnte brauchen.

(Beifall von der CDU)

Das ist auch meine einzige Erklärung dafür, weshalb Sie das straflos machen können.

(Thomas Stotko [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall! – Lothar Hegemann [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen! – Allgemeine Heiterkeit – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist über die deutsche Fußballnationalmannschaft auch mal gesagt worden!)

– Waren das jetzt alles Meldungen für Zwischenfragen?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Also: Der Unterschied ist vor allen Dingen der, dass Sie diese Verbindung eigentlich nicht herstellen können, denn gerade Sie haben dafür gesorgt, dass wir leider nicht in der Lage sind, mehr Geld auszugeben. 4,7 Milliarden € Zinsen stehen in unserem Haushaltsplanentwurf 2007 – notgedrungen! –, Zinsen auf Kredite, die die Vorgängerregierungen aufgenommen haben

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig! Dazu stehen wir!)

und die uns heute die Spielräume wegnehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Welche Spielräume?)

Ohne diese Zinsen hätten wir sogar einen Überschuss im Haushalt, bräuchten keine Nettokreditaufnahme. 4,7 Milliarden € Zinsen, 3,2 Milliarden € Kreditaufnahme – wir könnten 1,5 Milliarden € mehr ausgeben. Das ist nämlich der Primärüberschuss, der Überschuss der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben, die im

nächsten Jahr geplant sind. Also sollten gerade Sie sich ein bisschen mehr zurückhalten.

(Gisela Walsken [SPD]: Nein! Im Gegenteil, Herr Kollege! Warten Sie ab!)

Sie haben in der Vergangenheit nicht nur dafür gesorgt, dass diese Zinszahlungen heute weiterhin zu Buche stehen, sondern Sie haben durch permanentes Schönrechnen auch dafür gesorgt, dass es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte.

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, dass Sie genau an dieser Stelle mit Ihren konkreten Haushaltsvorschlägen weitermachen. Sie knüpfen an diese Tradition an. Sie wollen die Steuern für nächstes Jahr erneut einfach mal schnell um 340 Millionen € höher schätzen, damit die Spielräume größer werden. Sie wollen die möglichen Einnahmen aus einem Forderungsverkauf, aus BLB-Darlehensrückflüssen direkt mit verfrühstücken.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich dachte, wir hätten keine!)

Das ist unseriös. Das lehnen wir ab. Es mag sein, dass sich die positive wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der guten Landesregierung, aufgrund der guten Bundesregierung

(Dieter Hilser [SPD]: Meine Güte, ist das peinlich!)

im nächsten Jahr fortsetzt oder vielleicht sogar noch verbessert. Wenn das so ist und dadurch noch etwas höhere Steuereinnahmen hereinkommen, ist das wunderbar. Dann würden die Einnahmen an dieser Stelle größer. Kein Mensch in diesem Land würde aber darüber im Unklaren sein, was damit passiert. Die klare Ansage dieser Koalition ist: Wenn es mehr Steuereinnahmen oder Verkaufserlöse gibt, werden diese genutzt, um weniger Schulden aufzunehmen. Das ist generationengerecht. Alles andere ist das nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau Walsken?

Volkmar Klein (CDU): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Herr Kollege. Jetzt kommen wir doch einmal ins Gespräch.

Seien Sie so freundlich und nennen dem Parlament nur einen Beitrag, mit dem Ihre Regierung dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Entwicklung nach vorne zu bringen.

(Zuruf von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Einundzwanzig, zweiundzwanzig!)

Volkmar Klein (CDU): Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie wissen doch, in diesem Land, in dem es keine Rohstoffe gibt,

(Gisela Walsken [SPD]: Kohle ist ein Rohstoff! Kohle!)

muss die Bildung der Jugend und der Menschen insgesamt umso besser werden. Wenn wir etwas tun, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, dann ist das etwas, was sich in der Zukunft nachhaltig auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirken wird.

(Carina Gödecke [SPD]: Aber doch nicht jetzt! Das ist doch lächerlich! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich glaube, dass wir genau den richtigen Mittelweg finden. Auf der einen Seite sparen wir. Auf der anderen Seite setzen wir Schwerpunkte, schichten um und eröffnen neue Chancen für Nordrhein-Westfalen. Dafür müssen Mittel umgeschichtet und Ressourcen mobilisiert werden.

Es ist sehr vorteilhaft für dieses Land, im nächsten Jahr erstmals im Haushaltsgesetz stehen zu haben, dass wir das Auslaufen des subventionierten Bergbaus in Nordrhein-Westfalen begleiten. Das gibt uns Spielräume für mehr wirtschaftliche Entwicklung in der Zukunft.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist der einzige Rohstoff!)

Im nächsten Jahr werden wir erstmals die Sollzahl von 3.555 Betriebsprüfern in diesem Land erreichen. Das haben Sie in der Vergangenheit nie erreicht. Das ist ein Erfolg, den die Kollegen von den Grünen direkt wieder durch höhere Steuereinnahmeerwartungen und Ausgabenprojekte flankieren wollen.

Wir werden dafür sorgen, dass die in der Vergangenheit von Ihnen immer nur ausgebrachten kw-Vermerke dann auch schneller mobilisiert werden – und das nicht, wie es an der einen oder anderen Stelle zu hören war und eben auch von Herrn Peschkes gesagt wurde, auf dem Rücken der Beschäftigten.

(Gisela Walsken [SPD]: Natürlich, wo denn sonst?)

Bekam in der Vergangenheit jemand nur den Stempel „kw“ – künftig wegfallend –, war dies viel stigmatisierender als das,

(Zuruf von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

was wir künftig mit dem Personaleinsatzmanagement tun, nämlich der einzelnen Mitarbeiterin, dem einzelnen Mitarbeiter der Landesverwaltung wirklich eine Hilfe zu geben, innerhalb der Landesverwaltung Nachschulungen zu bekommen und mit Begleitung eine andere, eine bessere Stelle zu finden, und dies vielleicht auch außerhalb der Landesverwaltung.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das glauben Sie doch selbst nicht! Sie müssen sich die Leute anhören, was die dazu sagen!)

Dann wird prophylaktisch die Mär verkündet, wonach das künftige Personalvertretungsgesetz ach so schlecht sei. Wir werden uns wohl noch ein paar Wochen oder Monate gedulden müssen, bis dem Parlament ein Entwurf vorgelegt wird. Der Ministerpräsident hat jetzt aber mehrfach darauf hingewiesen, dass das neue Landespersonalvertretungsgesetz im Grunde genommen das Bundespersonalvertretungsgesetz 1:1 wiedergibt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Ist das Bundespersonalvertretungsgesetz, das Rot-Grün noch zu verantworten hatte, denn arbeitnehmerfeindlich? Das können Sie doch nicht im Ernst behaupten.

(Zuruf von der SPD)

Wenn es uns jetzt gelingt, unsere Maßnahmen durch die Übernahme des Bundespersonalvertretungsgesetzes zu flankieren und zu beschleunigen, ist es doch fahrlässig von Ihnen, alle möglichen Dinge in die Welt zu setzen. Halten Sie sich da also ein bisschen zurück!

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Volkmar Klein (CDU): Aber selbstverständlich, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Sie sagten eben, es habe durch eine Personalisierung eine Stigmatisierung stattgefunden. Wo hat es diese in der Vergangenheit gegeben? Soweit ich weiß, sind die kw-Vermerke immer gruppenweise ausge-

bracht worden. Oder haben Sie in Zukunft vor, diese zu personalisieren?

(Gisela Walsken [SPD]: Auch interessant!)

Volkmар Klein (CDU): Ich habe nicht gesagt, dass es in der Vergangenheit eine Stigmatisierung durch Personalisierung gab.

(Gisela Walsken [SPD]: Sicher! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das haben Sie gerade gesagt!)

Ich habe gesagt: Die Stigmatisierung bestand in der Vergangenheit darin, nur einfach „kw“ – künftig wegfallend – zu sagen und die Beschäftigten damit bis zu ihrer Pensionierung alleine zu lassen. Sie haben ihnen das Gefühl gegeben, sie tun bis zu ihrer Pensionierung sowieso nichts Wichtiges mehr; denn sie sitzen auf einer Stelle, die künftig wegfällt. Das bedeutet für mich eine Stigmatisierung.

Es ist doch wesentlich besser, den Leuten eine persönliche Begleitung, Hilfe und Schulung zu geben, damit sie für den weiteren Verlauf ihrer Beschäftigungsbiografie eine andere, eine bessere und für sich selber erfüllendere Tätigkeit bekommen können. Das ist qualitativ mehr als nur der Stempel „kw“, auf den Sie sich in der Vergangenheit beschränkt haben. Das war schlecht für die Menschen. Das war im Übrigen auch für den Abbau von kw-Vermerken schlecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie haben den Dank vergessen, Herr Klein!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Zunächst einmal wünsche ich unserem Finanzminister gute Besserung. Es ist sehr schade, dass er dieser Debatte heute nicht beiwohnen kann, die ja wie immer eine streitige Auseinandersetzung ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Frau Thoben wird ihm das ausrichten! Bis dahin hat sie ihre Rede fertig!)

Man sollte ihm wirklich wünschen, dass er bald wieder gesund ist, damit er möglichst schnell wieder Debatten mit uns führen kann.

Herr Klein, es war sehr interessant, was Sie von sich gegeben haben. Sie sprachen davon, es gä-

be keine Rohstoffe bei uns und man müsse deswegen die Bildung fördern.

Ich bleibe einmal bei den Rohstoffen, die wir eigentlich nicht haben. In der Vergangenheit ist ehrlich gesagt nicht allzu viel Bemühen bei Ihnen festzustellen gewesen, um Rohstoffe einzusparen und sorgsam damit umzugehen. Die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs ist ein wichtiges Thema. Dazu habe ich bei Ihnen in der Vergangenheit so ziemlich alles vermisst.

Sie sprachen davon, dass es diese wunderbaren Steuermehreinnahmen. Zu Recht ist die Frage gestellt worden, an welcher Stelle Sie etwas damit zu tun haben. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben damit gar nichts zu tun.

(Christian Lindner [FDP]: Haben Sie denn etwas damit zu tun?)

Selbst in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ ist gesagt worden, dass die technologischen Innovationen, insbesondere, was die Energieeinsparung betrifft, wichtig waren. Dazu habe ich in der Vergangenheit von Ihnen nichts gehört. Ganz andere haben dafür gesorgt, dass wir Rohstoffe einsparen und sorgsam mit den Rohstoffen umgehen. Unsere technologischen Entwicklungen waren so gut, dass sie weltweit exportiert werden. Das ist ein wesentlicher Faktor dafür, dass die deutsche Wirtschaft im Augenblick auf den Weltmärkten so erfolgreich ist und dass wir so hohe Steuereinnahmen haben.

(Christian Lindner [FDP]: Das hängt vor allem mit der Weltwirtschaft zusammen!)

– Es hängt auch mit der Weltwirtschaft zusammen. Aber wir können in der Weltwirtschaft nur erfolgreich sein, wenn wir technologisch etwas anzubieten haben. Die erwähnte konservative Zeitung sagt, dass von uns in großem Maße Umwelttechnologien angeboten werden. Dass Sie, Herr Lindner, sich trauen, das Wort Umwelt in den Mund zu nehmen – die FDP hat in der Vergangenheit mit dem Thema Umwelt überhaupt nichts zu tun gehabt; das muss man einmal so deutlich sagen –,

(Beifall von Barbara Steffens [GRÜNE])

ist schon bemerkenswert.

(Gisela Walsken [SPD]: Totalausfall!)

– Ein Totalausfall, genau, Frau Walsken.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben schon Umweltpolitik gemacht, da gab es die Grünen noch gar nicht! – Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Sie auch nicht!)

– Interessant. Dass die Grünen so erfolgreich waren, ist schon auf bestimmte Dinge zurückzuführen.

„Versprochen – gebrochen“ wird auch im Haushalt 2007 deutlich. Der Haushalt 2007 ist eine Ansammlung von Pleiten und Pannen. Er ist unsozial; er ist ungerecht. Er ist vor allen Dingen nicht zukunftsfähig, weil unökologisch. Selbst Experten bescheinigen CDU und FDP bei den Anhörungen, dass Sie keine Konzepte haben und sie, die Experten, zum Teil wegen der Kurzfristigkeit noch nicht einmal zu dem, was vorgelegt worden ist, Stellung beziehen können.

Die zweite Ergänzungsvorlage wurde uns vorgelegt.

(Christian Lindner [FDP]: Mir ist schlecht!)

– Was, Ihnen ist schlecht? Gehen Sie doch raus!

(Gisela Walsken [SPD]: Wir können auch Erste Hilfe leisten!)

– Herr Lindner, Ihre Sprüche ... – Beim Justizvollzug haben die Experten festgestellt: kein Konzept. Das gilt auch für die Verwaltungsstrukturreform: kein erkennbares Konzept. Ihre Personalpolitik ist schlichtweg eine Katastrophe.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja!)

Das sagt zum Beispiel die Gewerkschaft der Polizei; das kann man heute in den Zeitungen lesen. Das sagen die Personalräte und die Steuerwerkschaft. Sie alle sagen: Ihre Personalpolitik ist schlichtweg katastrophal.

Herr Rüttgers weckt hohe Erwartungen. Allerdings ist er nicht das soziale Gewissen, auch wenn er verspricht, dass Änderungen bei Hartz IV kommen sollen. Nur: Leider passiert da überhaupt nichts. Die Forderungen, die er aufstellt, gehen vor allem zulasten der jungen Leute und der Familien mit Kindern. Das Land ist nicht sozialer, sondern unsozialer geworden. Statt sozialer Wohltaten geht immer mehr die Angst um, als Nächster betroffen zu sein. Die soziale Kälte in diesem Winter trifft alle mehr als die tatsächlichen Temperaturen.

Sie kürzen bei den Armen und Schwächeren, obwohl sie sowieso wenig haben. Auf der anderen Seite finanzieren Sie Vergangenheit, wie etwa bei den Landwirtschaftskammern oder beim Flughafenbau. Das heißt, statt in die Zukunft zu investieren – Herr Klein hat gesagt, man muss in die Köpfe investieren –, tun Sie genau das Gegenteil und investieren rückschrittmäßig in veraltete Dinge. Sie fördern die Ministerialbürokratie bei

der Landwirtschaftskammer oder die Konkurrenz der einzelnen Flughäfen, indem Sie zum Beispiel Millionen in den Flughafen Münster/Osnabrück stecken.

Im Gegensatz dazu ist grüne Politik auf die Zukunft ausgerichtet. Der grüne Entwurf zum Haushalt ist solide, sozial gerecht und vor allem langfristig nachhaltig. Herr Klein, im Übrigen sind wir noch einmal deutlich unter dem geblieben, was Ihr Finanzminister als Konzept vorgeschlagen hat. Jeder der über 70 Vorschläge – im letzten Jahr waren es über 130 – ist gegenfinanziert.

(Christian Lindner [FDP]: Steinkohle!)

– Genau, Steinkohle ist ein wichtiges Thema. – Wir müssen bei den Steinkohlesubventionen einsparen. Denn wir müssen bei den Regenerativen etwas tun und viel investieren. Das ist der entscheidende Punkt, Sie tun das nicht.

Sie fördern auch die Jugendlichen nicht. Sie tun nichts, um ihre Zukunftschancen zu erhöhen. Dazu ist im Gegensatz zu dem, was im Umweltbereich passiert, schon eine Menge gesagt worden. Es gilt also weiterhin: Rinder statt Kinder. Hierzu lauten die Stichworte: Landwirtschaftskammer und Landesjugendplan.

Der folgende Text, den die Kommune Rheine – ich komme aus dem Münsterland – verabschiedet hat, zeigt, wie Sie mit den Kommunen umgehen:

Das Land spart auf Kosten der Städte und Gemeinden. Trotz dieser deutlich verbesserten Finanzsituation, die es auch ermöglicht, den Schuldenanstieg des Landes zu bremsen, will die Landesregierung den Kommunen zusätzliche Konsolidierungsbeiträge auferlegen, die auch in unserer Stadt erhebliche negative Auswirkungen haben.

Genannt wird da zum Beispiel:

Die Beteiligung an der Grunderwerbsteuer mit 162 Millionen € wird gestrichen, die Beteiligung der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung mit 110 Millionen € mehr als verdoppelt und die Förderung der Weiterbildungsträger um rund 18 Millionen € gekürzt.

Das ist Ihre Politik. Darüber regen sich, wie ich finde, zu Recht selbst Ihre eigenen Leute in den Kommunen auf.

Ich will noch einige Sachverständige aus den Anhörungen zu Wort kommen lassen. Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaft hat dargelegt:

Wir hatten uns kritisch positioniert, als es um die Diskussion der Mehrwertsteuer ging, waren gegen die Mehrwertsteuererhöhung und sind es nach wie vor. Wir fühlen uns auch bestätigt durch die Entwicklung, die Herr Gebhardt skizziert hat, was die wirtschaftliche Entwicklung und im Gefolge die Steuereinnahmen betrifft. Man hätte – das war die Argumentation – die Verschuldungsgrenzen, die Maastricht-Kriterien, auch eingehalten, hätte man nicht die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Verfügung.

Genau das ist aber Ihre Politik. Sie beklagen sich in Berlin, rechnen aber all das mit ein. Ihre Entlastung des Haushalts kommt dadurch zustande, dass Sie die kleinen Leute durch die Mehrwertsteuererhöhung zusätzlich belasten. Das ist die Konsequenz dieser Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau Dr. Christiane Rühl vom Landkreistag NRW hat Folgendes ausgeführt:

Die Situation der Kommunalfinanzen ist nach wie vor prekär. Sie ist Ihnen allen hinlänglich bekannt. Ich verzichte deshalb an dieser Stelle darauf, die Zahlen im Einzelnen zu nennen. Wir haben leider keine Nettoverbesserung im GFG 2007 im Verhältnis zu 2006 zu verzeichnen.

Auch das ist eine ganz klare Positionierung.

Ernst Giesen, Städte- und Gemeindebund NRW, sagt:

Ich will darauf hinweisen, die kommunale Finanzsituation ist nach wie vor desolat. 197 Kommunen sind inzwischen in der Haushaltssicherung. Nur noch 7,5 % der Kommunen, das sind 32 Kommunen, haben einen ausgeglichenen Haushalt. Das spricht eigentlich Bände.

Oder zum Beispiel Michael Szentei-Heise von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zum Spiel 77:

Bis jetzt war es so, dass die Mittel von der Lotterie-Gesellschaft direkt den Destinatären zugeflossen sind und diese in verschiedenen Kontexten die zufließenden Mittel als Eigenmittel deklarieren und einsetzen konnten. Die Absicht ist jetzt, diese Mittel in den Landeshaushalt aufzunehmen. Dies würde das komplett torpedieren und wegfallen lassen.

Auch das ist eine ganz klare Positionierung.

Als Letzten möchte ich Gerhard Stranz von den Waldorfkindergärten zitieren:

Zur Frage der Elternbeiträge möchte ich an einer anderen Stelle deutlich machen, dass es eine unsägliche Situation ist. Wenn es passiert, dass durch die Elternbeitragsregelung – wir haben in einem gemeinsamen Gespräch der Landesjugendämter von Fällen gehört, dass mehrere Eltern ihre Kinder abgemeldet haben – Kindern Bildungschancen vorenthalten werden, ist das eine Kindeswohlgefährdung.

Ich glaube, das spricht für sich und macht sehr deutlich, wie die Situation ist.

Ich möchte noch darauf eingehen, welche Mehreinnahmen wir hier erzielen können. Es ist einfach wichtig, dass wir nicht nur auf die Ausgabenseite schauen und dort reduzieren, sondern dass wir uns auch mit der Einnahmenseite beschäftigen. Herr Kaldenhoff, Vertreter der Deutschen Steuerwerkschaft, hat in der Anhörung sehr deutlich gemacht, dass dort Personal fehlt. Er sagt:

Wir müssen die Zahl der Betriebsprüfer, Umsatzsteuersonderprüfer und Lohnsteueraußenprüfer dringend aufstocken.

Genau das Gegenteil machen Sie. Sie kürzen in diesem Bereich weiter. Das heißt, genau bei dem Personal, das dafür sorgt, dass das Land mehr Steuereinnahmen hat und dass sich die Situation tatsächlich verbessern wird, kürzen Sie massiv. Das ist ganz deutlich geworden.

Alle Experten, die an der Anhörung teilgenommen haben – auch der Vertreter der Deutschen Steuerwerkschaft –, haben gesagt, dass sich die Steuereinnahmen durch jeden Prüfer, der zusätzlich eingesetzt wird, um 500.000 bis 1 Million € erhöhen. Es geht um die Steuern von Unternehmen, die dazu verpflichtet sind, sie zu zahlen. Die lassen Sie aber laufen und sorgen auf diese Weise nicht dafür, dass der Landeshaushalt entsprechend ausfinanziert wird. Das ist die reale Situation in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Als Letztes – es ist zwar vorhin schon einiges dazu gesagt worden – möchte ich noch einmal auf die Stiftung Umwelt und Entwicklung zurückkommen. In der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ist sehr deutlich geworden, dass Sie völlig unvorbereitet waren. Es ist so, dass diese Stiftung im nächsten Jahr bereits zugesagte Fördersummen in Höhe von 3,3 Millionen € ausschütten muss, dass ihr aber aufgrund der Politik, die Sie hier betrieben haben, diese Summen überhaupt nicht zur Verfügung stehen.

(Zuruf von der FDP)

Herr Lindner behauptet stattdessen, in dieser Stiftung arbeiteten nur Grüne und Anarchisten. Das sind Ihre Äußerungen, die man dort hören konnte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sehr liberaler Umgang mit der Wahrheit! – Zurufe von der FDP)

Das heißt, Sie gehen völlig ideologisch an die Sache heran.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist unseriös!)

– Nein, das ist überhaupt nicht unseriös. – Da ich heute eher andere sprechen lasse, lese ich Ihnen einmal vor, was die „Rheinische Post“, eine bekanntermaßen konservative und eher der CDU zugeneigte Zeitung, geschrieben hat: Die Überschrift lautet „Rüttgers Dilemma“:

„Jürgen Rüttgers hat ein Problem – aber nicht etwa, weil ihn die Opposition bedrängte. Vielmehr sind es die eigenen Leute, die ihn in Schwierigkeiten bringen. Die beiden Fraktionschefs Stahl (CDU) und Papke (FDP) haben sich in einem Kuhhandel darauf verständigt, im kommenden Jahr für Weiterbildung und Wohlfahrtspflege mehr Geld auszugeben, dafür aber die Mittel für die Landesstiftung ‚Umwelt und Entwicklung‘ rigoros zusammenzustreichen, sodass diese Einrichtung existenziell gefährdet ist.“

Das schreibt die „Rheinische Post“.

(Gisela Walsken [SPD]: Das lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Lokalzeitung! – Gisela Walsken [SPD]: Nein, keine Lokalzeitung!)

„Genau dies macht Rüttgers derzeit zu schaffen. Denn der Ministerpräsident“

– jetzt hören Sie einmal genau zu –

„ist seit Kurzem Vorsitzender des Stiftungsrates und zusammen mit seinen beiden Stellvertretern Armin Laschet und Eckhard Uhlenberg“

– beides CDU-Minister –

„entschlossen, die Stiftung geordnet weiterzuführen.“

Weiter heißt es:

„Auch das steht jetzt auf dem Spiel. Man wundert sich, mit wie wenig Fingerspitzengefühl die beiden Fraktionschefs vorgegangen sind. Jetzt muss Rüttgers sehen, wie er aus dem Schlammassel herauskommt.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist das, was die „Rheinische Post“ schreibt. Ich brauche hier gar nicht selbst zu polemisieren, so, wie Sie das immer tun. Das ist die Realität. Das ist das, was Sie hier machen. Sie trocknen diese Stiftung finanziell aus. Sie wollen sie aus ideologischen Gründen – weil Ihnen der Bereich Umwelt und Entwicklung nicht passt – platt machen. Das ist die Politik, Herr Lindner. Sie neigen zu solchen polemischen Äußerungen, und der Herr Ministerpräsident hat mittlerweile, so schreibt es die „Rheinische Post“, „ein Riesenproblem“.

Das ist Ihre Haushalts- und Finanzpolitik: unsolide, unsozial und ungerecht. Sie geht zulasten der kleinen Leute sowie zulasten von Umwelt und Entwicklung. Ich sage nur Danke schön. Wenn Sie so weitermachen, werden wir sehen, wo Sie in drei Jahren stehen. – Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die FDP-Fraktion erhält Herr Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Es ist wahrlich kein Vergnügen, immer nach Herrn Sagel sprechen zu müssen.

(Gisela Walsken [SPD]: Er hat auch keine Lust, vor Ihnen zu sprechen!)

Herr Sagel, die Zwischenrufe haben es Ihnen vielleicht schon nahe gebracht, aber damit Sie es nicht vergessen und es auch im Protokoll steht – da Sie ja so gerne Protokolle nachlesen und aus ihnen zitieren –, möchte ich Ihnen noch einmal ganz klar und deutlich sagen: Der erste Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland war ein Liberaler – lange bevor die Grünen überhaupt gegründet worden sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Super! Wahnsinn! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie sich immer hierhin stellen und von den Pleiten und Pannen der Koalition sprechen sowie davon, dass wir mit der Konjunktur so viel Glück hätten, verstehe ich nicht. Auf der einen Seite sagen Sie, alles Gute sei die Folge Ihrer Politik, und auf der anderen Seite sagen Sie, alles Schlechte hätten wir zu verantworten. Das ist falsch. Genau so falsch ist es allerdings, zu meinen, alles Gute käme von uns und alles Schlechte wäre eine Erblast.

Vielmehr müssen wir einen Mittelweg finden und eine seriöse Debatte führen. Wir sollten bei den

einzelnen Punkten sehr wohl überlegen: Wer trägt hier die Verantwortung wofür? Was ist eine Altlast? Ich kann nur sagen, dass Zinsen eine Altlast sind. Wir müssen uns auch fragen, was wir durch die aktuelle Politik zu verantworten haben. Dieser Verantwortung stellen wir uns sehr gerne.

(Beifall von der FDP)

Herr Sagel, dass die Steinkohle noch heute subventioniert wird, ist eindeutig eine der von Ihnen hinterlassenen Altlasten. Hätten Sie als Grüne doch vor zehn Jahren den Mut aufgebracht und die Koalition mit der SPD platzen lassen – das hätten Sie durchaus machen können –,

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE] – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

um die entsprechende Subventionierung abzubauen! Wenn Sie jetzt so tun, als ob man die Kohlesubventionen heute eben mal so einstellen könnte, vergessen Sie ganz bewusst die Vergangenheit. – Aber ich glaube nicht, dass Sie wirklich so vergesslich sind.

(Beifall von der FDP)

Sie bringen hier immer wieder Zitate ohne Ende. Sie haben fast 15 Minuten lang geredet und die Hälfte dieser Zeit für Zitate genutzt. Damit belegen Sie auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer oben auf der Tribüne ganz eindeutig, dass Ihnen selbst nichts einfällt.

Sie benutzen nur das, was Ihnen andere geben. Sie haben keine eigene Meinung. Auch bei den Änderungsanträgen, die Sie hier zum Haushalt eingebracht haben, kann ich nur sagen: Das würde das Land nicht weiterbringen. Sie bringen nur Füllstoffe nach vorne. Und das werden wir in den Einzelabstimmungen zurückweisen, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Orth, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Steffens?

Dr. Robert Orth (FDP): Nein, das gestatte ich jetzt nicht. Denn ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen.

Herr Sagel, Sie sagten, die Flughafenpolitik sei eine veraltete Politik. Ich weiß nicht, in welchem Jahrtausend Sie leben. Meine Wahrnehmung ist, dass der Flugverkehr weltweit immer mehr zunimmt,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

dass Flugverkehr ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von internationalen Unternehmen

ist. Diese sind nicht nur auf das Münsterland beschränkt, sondern haben weltweit Produktionsstätten. Wir als Politiker müssen diesem Umstand Rechnung tragen, damit wir nicht nur am Flughafen sichere Arbeitsplätze haben, sondern auch in der modernen Industrie, in der Verwaltung der Unternehmen, damit wir Hochtechnologie behalten und am internationalen Warenaustausch teilnehmen können, meine Damen und Herren. Anscheinend sind Sie an dieser Stelle ziemlich veraltet.

Sie sprechen immer wieder das Thema Glück an. Was hat das denn mit Glück zu tun, dass wir einen soliden Haushalt aufstellen? Was ist daran Glück? Das ist harte Arbeit.

Wir haben einen Nachtragshaushalt nach unserer Regierungsübernahme aufstellen müssen, weil wir festgestellt haben, dass die Zahlen nicht so gut waren, wie Sie sie dargestellt haben. Dann kann man doch nicht einfach sagen, die CDU habe vor der Wahl versprochen, die Arbeitszeiterhöhung zurückzunehmen und die Weihnachtsgeldstreichungen zu relativieren. Man kann Politik und Versprechungen nur auf der Basis eines Erkenntnisstandes machen, den Sie früher vermittelt haben.

Wir mussten feststellen, dass die reale Lage wesentlich schlechter war. Das bestreiten Sie inzwischen auch gar nicht mehr. Werfen Sie uns dann aber bitte nicht vor, dass wir nach dieser wesentlich schlechteren Situation, die wir vorgefunden haben, nicht alles umsetzen konnten, was wir gerne umgesetzt hätten, weil wir weiter die Sanierung des Haushaltes vorantreiben müssen, meine Damen und Herren.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das sind Märchen, die Sie hier erzählen. – Rudolf Henke [CDU]: Dass es so schrecklich war, das haben wir nicht geahnt! – Gisela Walsken [SPD]: Wo sind Sie denn die letzten Jahre gewesen? – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir machen eine konzeptionelle Politik. Das erkennen Sie auch daran, dass wir uns die Neustrukturierung der Finanzverwaltung vornehmen.

Wir haben Überlegungen in die Diskussion eingebracht, wie wir zum Beispiel bei den Finanzämtern zu Zusammenlegungen und damit Synergieeffekten kommen können. Wir sind auch bereit, diese Debatte ergebnisoffen mit Ihnen zu führen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das bedarf eines gewissen Niveaus!)

ganz anders, als es die Vorgängerregierung getan hat, die immer erst beschlossen und hinterher das Geschrei zur Kenntnis genommen hat.

Wir werden prüfen, inwieweit wir zum Beispiel in einer Stadt wie Düsseldorf noch so viele Ämter brauchen, ob wir auch in anderen Großstädten Ämter zusammenlegen können, um eine bessere, effektivere Finanzverwaltung zu haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Da mache ich mir keine Sorgen!)

mit der wir die Arbeitsanfälle, die Kollege Peschkes aus eigenem Erleben kennt, bewältigen können.

Wir hoffen, dass wir endlich vernünftige Softwareprogramme bekommen; denn die, die Sie uns hinterlassen haben, haben uns wahrlich nicht weitergeholfen, meine Damen und Herren.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Daran sind Sie genauso beteiligt!)

Herr Peschkes, Sie kritisieren, dass die Finanzbeamten im Vergleich mit anderen schlecht wegkommen. Ich kann nur sagen: Finanzbeamte sind Beamte.

(Gisela Walsken [SPD]: Hei, analytischer Verstand! – Weitere Zurufe von der SPD)

Und wir müssen sehen, dass wir Beamte auch gleich behandeln. So, wie Sie klagen, klagen auch andere. Wir würden uns wünschen, dass für alle Berufsgruppen, die wir im öffentlichen Dienst haben, mehr Geld zur Verfügung stünde. Aber noch einmal: Ein Euro ist ein Euro. Wir müssen Schwerpunkte setzen. Dieser politischen Verantwortung stellen wir uns.

Herr Kollege Peschkes, wenn Sie zum Personaleinsatzmanagement behaupten, wir würden hier mehr oder weniger planwirtschaftlich operieren, dann kann ich das nicht verstehen. Eine Zielvereinbarung ist doch etwas ganz anderes als ein planwirtschaftliches System, in dem sie zum Beispiel nur einzelne kw-gestellte Stellen haben. Sie arbeiten die kw-Vermerke im Einzelnen ab und wissen nicht, ob Sie die Leute auf anderen Plätzen effektiv einsetzen können.

Das ist genau das Gegenteil von Planwirtschaft. Es ist ein sinnvoller Einsatz der Ressourcen. Wir als FDP begrüßen deshalb ausdrücklich, dass das Personaleinsatzmanagement kommen wird, meine Damen und Herren.

Sie fordern immer mehr Betriebsprüfer. Sicherlich ist leicht zu berechnen, wie viel ein Betriebsprüfer einnimmt. Haben wir mehr Betriebsprüfer, haben wir mehr Einnahmen. Je mehr Betriebsprüfer wir haben, umso kleiner ist das Dunkelfeld. Meiner Meinung nach sollten wir allerdings, nachdem alle

Stellen besetzt sind, die Sie zwar geschaffen, aber nicht besetzt haben, abwarten, welche Auswirkungen das auf die Einnahmesituation haben wird. Ich bin optimistisch, dass die Auswirkungen positiv sein werden.

Dann wird gesagt, wir würden einen Anschlag auf das Personalvertretungsrecht verüben. Herr Peschkes, allein diese Wortwahl! Wenn Sie in der Verfassungsschutzdebatte gestern das Wort „Anschlag“ in den Mund genommen hätten, dann hätte ich das verstanden. Uns hier aber zu unterstellen, dass wir mit wohl abgewogenen Überlegungen einen „Anschlag“ auf die Rechte der Beschäftigten verüben würden, das ist wirklich starker Tobak und maßlos übertrieben. Diese Wortwahl ist in diesem Zusammenhang einfach unangemessen, meine Damen und Herren.

(Dieter Hilser [SPD]: Das war unqualifiziert!)

Wir werden das Personalvertretungsrecht 1:1 umsetzen, so wie es im Bund war. Wir werden uns aber auch Gedanken darüber machen müssen, ob es landesspezifische Notwendigkeiten für bestimmte Aufgaben gibt – nicht nach dem Motto weniger Rechte für Einzelne, sondern mit Blick auf die Aufgaben von Landesbediensteten. Da gibt es hier und da die Notwendigkeit der Justierung. Und über diese können wir im Einzelnen gerne reden.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Umweltstiftung eingehen, Herr Sagel. Sie haben hier eine Fülle von Zitaten gebracht. Bitte, zitieren Sie sauber! Das, was Sie eben vorgebracht haben, war nicht das, was der Kollege Lindner gesagt hat.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist die Wahrheit! Das kann man im Protokoll nachlesen!)

Weil Sie via Presseerklärungen in den vergangenen Tagen angekündigt haben, man müsse das eine oder andere juristisch prüfen, muss ich Ihnen sagen: So, wie Sie in den Wald hineinrufen, so schallt es auch zurück.

(Gisela Walsken [SPD]: Da habe ich aber Angst! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dann müssen Sie damit rechnen, dass auch andere Ihre Worte genau prüfen und sie in einen anderen Kontext stellen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Brauche ich nicht, das steht im Protokoll!)

Sie werden dann feststellen, dass das eine ziemlich heikle Argumentation ist, die Sie hier liefern. Also, seien Sie bitte so fair und zitieren richtig und sauber.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich habe alles vorgelesen!)

Setzen Sie sich mit den Inhalten auseinander, die dahinterstehen, und verdrehen Sie nicht.

Keiner von uns hat jemals vorgehabt oder hat vor, die Umweltstiftung platzzumachen, wie Sie argumentieren. Aber wir haben Schwerpunkte gesetzt. Wir sehen die Notwendigkeit, in der Wohlfahrtspflege weiterhin aktiv zu sein und haben in den Regierungsfractionen eine entsprechende politische Entscheidung getroffen. Ich weiß, dass Ihnen das nicht passt, aber respektieren Sie es einfach.

(Horst Becker [GRÜNE]: So weit respektieren wir es!)

Die Mehrheit dafür, das umzudrehen, haben Sie zum Glück nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche es auch heute noch einmal mit der Wirklichkeit.

Ich habe wirklich die Sorge, Herr Peschkes, dass Sie und Ihre Fraktion die Desinformation zur Kernkompetenz weiterentwickeln.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh!)

Sie behaupten, mit der Übertragung des Bundespersonalvertretungsgesetzes in seiner Wirksamkeit auf Nordrhein-Westfalen verübten wir einen Anschlag auf die Personalvertretung.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, genau das machen Sie! – Beifall von der SPD)

Das machen Sie bitte einmal allen Arbeitnehmern bundesweit klar, die mit dem bestehenden Bundespersonalvertretungsgesetz durchaus gute Erfahrungen machen.

Zweite Anmerkung: Die Steuerverwaltung ist ausdrücklich von der Kürzung 1,5 % ausgenommen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Es fehlt ja auch Personal!)

– Das wird doch durch Schreien nicht besser, Herr Sagel. – Durch die Arbeitszeitverlängerung ist es gelungen, das Arbeitsvolumen insgesamt konstant zu halten. Was ist die Wirklichkeit?

(Gisela Walsken [SPD]: Arbeitsvolumen, Arbeitszeitverkürzung?)

– Arbeitszeitverlängerung, Frau Walsken.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dann reden Sie mal mit Ihren Leuten! Die erzählen Ihnen was anderes!)

Das ist dann ein konstantes ...

(Gisela Walsken [SPD]: Das Volumen! Gucken Sie mal in die Steuerverwaltung hinein! Aber Sie können es ja nicht wissen!)

– Nein, Frau Walsken, die Steuerverwaltung ist von der Kürzung ausgenommen und die Umrechnung der Arbeitszeitverlängerung auf das Arbeitsvolumen führt dazu, dass man das mit weniger Köpfen darstellt. Das ist der Sachverhalt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Also, Sie haben Stellen gekürzt!)

– Aber kein Arbeitsvolumen weggenommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Arbeitsvolumen haben Sie weggenommen?)

– Nein, Frau Walsken. Pro Kopf wird mehr gearbeitet. Ist das verboten? Wir sprechen es aus und möchten das.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie kann nichts dafür!)

Zweiter Punkt: Abstimmungsgespräche zwischen den Finanzamtsvorständen finden regelmäßig statt. Der Finanzminister besucht außerdem regelmäßig Finanzämter, bei denen über alle wichtigen Fragen ausführlich diskutiert wird.

(Gisela Walsken [SPD]: Wir auch, Frau Kollegin!)

– Aber es kam dieser pauschale Vorwurf, es fände gar nichts statt. Auch das stimmt nicht.

Zu den Deckungsvorschlägen der Grünen und dem Prüfdienst nur wenige Hinweise. Die Grünen sagen, 240,6 Millionen € Steuermehreinnahmen sollen schon 2007 fließen, wenn der Prüfdienst um zunächst 350 Personen verstärkt wird.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig, das sind die kw-Stellen!)

Dazu ist zunächst zu sagen, dass wir die Zusage, die wir in der Vergangenheit gegeben haben, nämlich die Außendienste aufzustocken, Anfang

2007 eingehalten haben werden. In der Betriebsprüfung werden dann 3.555 Prüfer und in der Umsatzsteuersonderprüfung 555 Prüfer tätig sein, und als Steuerfahnder werden 640 Prüfer im Einsatz sein.

(Gisela Walsken [SPD]: Herr Dr. Berg hat die ganze Tasche voller wichtiger Zahlen!)

Das, was Sie als Deckungsvorschlag ausrechnen, stimmt mit Ihren ökologischen Ansprüchen insofern überein, als Sie Luft buchen, nichts anderes.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, das, was man an bestehenden Verträgen zusätzlich kürzen kann, um es in den Haushalt einzustellen – sprich: Steinkohle –, das hätte ich von Ihnen gerne einmal in einer juristischen und rechtlichen Bewertung gehört. Geschrei allein tut es nicht.

Meine Damen und Herren, dann die Frage von Frau Walsken,

(Gisela Walsken [SPD]: Ach!)

einen Beitrag zu nennen, der dazu beigetragen hat, dass der wirtschaftliche Aufschwung da ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Das war meine Frage an den Kollegen Klein! Aber lieb, dass Sie sie beantworten!)

– Darf ich doch.

(Gisela Walsken [SPD]: Klasse!)

Sie, Frau Walsken, wissen: 60 % der Wirtschaftspolitik sind Psychologie. Was glauben Sie, welchen Beitrag zum Aufschwung allein der Regierungswechsel geleistet hat?

(Gisela Walsken [SPD]: Wahnsinn! Die stehen immer noch auf den Tischen!)

– Ja.

(Beifall von der CDU)

Schade, dass Sie das ärgert, Sie könnten sich doch mit uns freuen, dass die Zahlen so gut sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Tue ich doch!)

Damit das nicht vor Weihnachten vergessen wird: In den ersten zehn Monaten sind die Auftragseingänge der Industrie um 7 % gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt machen Sie Wirtschaftspolitik! Das ist in Ordnung!)

Bei den Investitionsgütern lag der Zuwachs sogar im zweistelligen Bereich.

(Gisela Walsken [SPD]: Hatten Sie auch Ihre Aktien dabei?)

Im Vergleich zum November 2005 lag der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei 112.000 Menschen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg im selben Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 116.000.

(Gisela Walsken [SPD]: Was haben Sie denn dazu beigetragen?)

– Frau Walsken, es mag Sie ja nerven, aber ich trage trotzdem die Sachverhalte vor. – Wir sind bundesweit Spitzenreiter beim Rückgang der Insolvenzen im unternehmerischen Bereich. Die sind von Januar bis September um über 30 % gesunken. Das ist ein Spitzenwert bundesweit.

(Gisela Walsken [SPD]: In allen Bundesländern, richtig!)

Noch ein Hinweis: Im dritten Quartal 2006 stieg die Produktion im wirtschaftlichen Hochbau. Sie wissen, dass das ein Vorläufer für den gewerblichen Bau und für Ausrüstungsinvestitionen ist. Also, ein deutlicher Hinweis auf Betriebserweiterungen. Sie stieg im Vorjahresvergleich um 12 %. Im Oktober nahm sie noch einmal um 8,4 % zu.

(Gisela Walsken [SPD]: Herrlich!)

Noch positiver entwickelten sich die Auftragseingänge. Sie stiegen im dritten Quartal um 39,9 %,

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommen wir wieder zur Finanzpolitik!)

im Oktober sogar um 55,5 %.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Dann freuen Sie sich doch mit uns.

Mir ist es völlig egal, ob Sie sagen: „Sie haben nichts dazu beigetragen“, und wir sagen: Einige unserer Maßnahmen tragen dazu bei. – Dem Land und den Menschen bekommt es gut, dass wir zum Beispiel die Konsolidierung

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt wäre Applaus angebracht!)

seriöser vorantreiben, als Sie es uns vorschlagen; denn uns ist die Zukunft der Kinder nicht egal. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Uns auch nicht!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Für die SPD-Fraktion erhält das Wort der Abgeordnete Schartau.

Harald Schartau (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Thoben, ehrlich gesagt: Bei Ihrer Art, sich zu freuen, möchte ich nicht wissen, wie Sie sind, wenn Sie sich ärgern.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Ich hätte gern von Ihnen die ganze Rechnung gehört. Wenn 60 % der Wirtschaft Psychologie sind, dann vermute ich nach Ihren Ausführungen, dass 40 % der Landesregierung anzurechnen sind und für die Wirtschaft und die Bürger selbst nichts übrig bleibt.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Ich glaube auch nach Ihren jetzigen Ausführungen, dass Sie – das leitet mich gleich dann zu meinem eigentlichen Thema über – doch ein bisschen den Hang haben, die Politik für omnipotent zu erklären, wenn man sich selbst ein bisschen beweihräuchern will. Nehmen Sie sich an dieser Stelle lieber etwas zurück.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese vorweihnachtliche Stunde eignet sich nicht so sehr, ins Detail zu gehen, sondern sie eignet sich vielmehr dazu, mehr im großen Rahmen auf die Finanzpolitik der letzten Monate zu schauen.

Dabei kann ich feststellen – wenn ich das einmal auf eine Kette aufreie –, dass Sie sich zunächst mit Ihren ersten haushaltspolitischen Entscheidungen ziemlich frech über die verfassungsmäßigen Bestimmungen zum Aufstellen eines Haushalts hinweggesetzt haben. Das war Ihre große Leistung. Sie sagten: Wir kriegen eben keinen verfassungsgemäßen Haushalt hin, dann geht es eben nicht. – Das war schon ein sehr guter Einstand.

Dann haben Sie sich vor dem Hintergrund steigender Steuern erst einmal ein Bild von sich selbst gemalt, nämlich: Wir sind vorsichtige Kaufleute.

Als Sie dann schließlich merkten, dass das mit den steigenden Steuern wohl doch länger anhalten wird, sind Sie zu Ihrer zwischenzeitlichen Höchstform aufgelaufen, nämlich: Attacke auf Art. 109 und Art. 115 des Grundgesetzes! Weg mit diesen Verschuldungsprinzipien! Möglichst gar keine Regeln! Nebenbei haben Sie dem Land Berlin noch die Leviten gelesen, was denen denn wohl einfällt.

Dazu spreche ich eine dringende Warnung aus. Es gibt ja immer wieder Leute, die bei lang anhal-

tendem Sonnenschein beschließen, die Winterbekleidung abzuschaffen. Ich rate Ihnen: Halten Sie sich noch einen Mantel im Schrank! Denn der hier gestern von Herrn Orth zum „eisernen Helmut“ ernannte Finanzminister wird seine äußerliche Erscheinungsform bei Regenwetter ziemlich schnell verändern. Rost glitzert dann nicht mehr so.

(Beifall von der SPD)

Aber eigentlich wollte ich doch zu ein paar Punkten etwas sagen, die mir zum Stil der Finanzpolitik aufgefallen sind.

Erstens. Dass Sie bei Ihren Sanierungs- und Sparbemühungen die Kommunen als Steinbruch nutzen, halte ich angesichts der Situation der Kommunen in diesem Land schon für ein tolles Stück.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Sie spielen – das kommt beim Stil hinzu – bei unangenehmen Entscheidungen über Vorbande. Davon haben wir einen leichten Vorgeschmack bekommen, als Sie das Thema Studiengebühren hier gefahren haben. Dafür haben nicht Sie selbst hinterher den Kopf hingehalten, sondern Sie haben das großzügig an die Unis delegiert, damit die den Ärger jetzt aushalten müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein! – Gisela Walsken [SPD]: Ja, klar!)

Das nenne ich Politik über die Vorbande.

Drittens haben Sie bei der Kürzung der Gelder für die Kindergärten auch wieder nicht selbst den Kopf hingehalten, sondern in jeder einzelnen Kommune muss der Rat jetzt die Entscheidung treffen und den Kopf für das hinhalten, was Sie hier angerichtet haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: So ist es!)

Jetzt komme ich zu einem der tollsten Stücke, und damit komme ich nur einmal auf ein Detail aus dem Einzelplan 20 zurück. Richtig wäre es gewesen, wenn Sie wenigstens bei den Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer dick und fett in den Haushaltsplan hineingeschrieben hätten, dass Sie sie ungern und widerwillig angenommen haben. Nach dem Theater, das Sie hier vorher zur Mehrwertsteuererhöhung abgezogen haben, hätte das mindestens außergewöhnlich einmal in den Haushaltsplan reingemusst. Nein, das wurde wie selbstverständlich vereinnahmt.

Vorher haben Sie den Bürgern und der Wirtschaft ja gesagt, wie schlimm das ist, wenn man diesen

Teil jetzt hier einbezieht. Statt diesen Teil direkt an die Leute wieder zurückzuführen

(Christian Lindner [FDP]: Wie das denn?)

und für Investitionen zu nutzen, für gezielte Investitionen in diesen Bereichen, oder diese Kürzungen im Kindergartenbereich als Erstes wieder zurückzunehmen, wird das natürlich einkassiert.

Jetzt komme ich zu Ihrem schönen Argument: Wir setzen jeden Cent für Entschuldung ein. Wissen Sie, was das ist? – Das ist das kollektive Angebot, sich zu exkulpieren, wenn man in fachlichen Diskussionen nicht mehr weiterkommt.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

Dann haben Sie ein Band um alle geschlungen, an der Spitze Herr Klein, der es allen immer wieder eintrichtert, nachdem er sich dankend gegenüber Herrn Linssen geäußert hat.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dann kann jeder einzelne Abgeordnete in irgendeinem Fachausschuss irgendwann, wenn er nicht mehr weiter weiß, sagen: Ja, wir müssen sparen. – Sie müssen das Maß finden zwischen Sparen und vernünftiger Sachpolitik,

(Beifall von der SPD)

und das haben Sie bisher nicht gefunden. – Schöne Weihnachten!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schartau. – Für die CDU-Fraktion erhält der Abgeordnete Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mittagspausenbrecher! Ich muss sagen, nach dem bisherigen Verlauf der Debatte hat sich eines wieder ganz deutlich gezeigt, was wir eigentlich spätestens seit dem Wahlkampf 2005 wissen: Die SPD ist finanzpolitisch völlig konzeptionslos.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt Ihr Konzept?)

Sie haben, liebe Frau Kollegin Walsken, hier so etwas wie eine Nullstrategie vorgetragen. Hätten Sie in Ihrer alten Arbeit die Nullnettoneuverschuldung zum Prinzip erhoben, dann hätten wir viele der Schwierigkeiten, die wir jetzt lösen müssen, nicht. Das haben Sie nicht getan, und zwar ganz bewusst nicht.

(Beifall von der CDU)

Wenn ich mir Ihre Deckungsvorschläge ansehe, dann ist das das alte System in Reinkultur. Ich bin da fast versucht, taktisch zu denken und zu fragen: Was passiert eigentlich, wenn wir Ihre Vorschläge bis zum Ende der Legislaturperiode umsetzen würden? Was würde dann passieren? – Dann würden Sie uns im nächsten Landtagswahlkampf vorwerfen, wir hätten finanzpolitisch versagt. Das würde passieren, und das lassen wir nicht mit uns machen.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie 340 Millionen € mehr an Steuereinnahmen etatisieren und die Nettokreditaufnahme nur um 240 Millionen € senken, meine Damen und Herren von der SPD, dann ist das schlicht und ergreifend das alte System.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Thema Wachstum sagen. Das war ja eine ganz interessante Debatte: Die Wirtschaftsministerin in Vertretung des Finanzministers war eigentlich ideal dafür geeignet, etwas zum Thema Wachstum zu sagen. „60 % Psychologie“, das ist natürlich – Kollege Schartau, trotz Ihrer Rechenversuche – völlig richtig. Ich sage Ihnen einmal einen ganz einfachen Satz, der in der Psychologie und auch in der Politik richtig ist: Haushaltskonsolidierung schafft Wachstum.

(Beifall von der CDU)

Haushaltskonsolidierung schafft Vertrauen in verlässliche Politik. Das ist das, was wir in Nordrhein-Westfalen tun. Und Sie machen das Gegenteil.

Unserem Finanzminister werfen Sie immer süffisant vor, es sei falsch, wenn er das Vorsichtsprinzip beim Ansetzen der Steuereinnahmen vertritt, und sagen, man müsse die Steuereinnahmen einfach viel höher schätzen. Sie sind das so gewohnt! Aber, meine Damen und Herren, seit Peer Steinbrück nicht mehr hier sitzt, sondern in Berlin und den Bundeshaushalt aufstellen muss,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihren Bundeshaushalt! Sie sind mit in der Regierung!)

tut er da schlicht und ergreifend dasselbe. Da ist es richtig, hier ist es falsch – das müssen Sie mir irgendwann noch einmal ernsthaft erklären.

(Beifall von der CDU)

Dann zu den Grünen. Herr Sagel, ich gebe Ihnen ja zu: Das, was Sie an Deckungsvorschlägen geliefert haben, ist nachhaltiger als das, was die SPD vorgeschlagen hat. Trotzdem ist es falsch.

(Beifall von der CDU)

Ich gehe nur einmal auf das Prüfer-Argument ein. Sie sagen, 240 Millionen € an Steuermehreinnahmen sollten durch zusätzliche Prüfer realisiert werden. Das würde – ich will das einmal auf den Haushalt 2007 beziehen, weil wir über den ja reden – schon 2007 aus dem heiteren Himmel 1 Million € pro Prüfer mehr bedeuten. Selbst wenn das gelingen würde – das ist, das wissen Sie, schwierig genug –, dann müssten Sie immer noch den Länderfinanzausgleich und das GFG gegenrechnen. Dann wären Sie immer noch nicht bei Ihren 240 Millionen €. Ich habe das starke Gefühl, dass da Wunschdenken eine Rolle spielt. Vielleicht hat das mit der Weihnachtszeit auf Sie ja schon ein bisschen vorher abgefärbt. Da ist jedenfalls mehr Wunschdenken dabei als Realität.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wie viel meinen Sie denn?)

Lieber Herr Kollege Sagel, das ist schon mehrfach gesagt worden: Wir sind froh, dass die vorgesehene Zahl der Betriebsprüfer von 3.555 noch vor Karneval erreicht werden wird. Das ist vernünftig und richtig, und das haben wir vorher so angekündigt.

Wir sind auch verlässlich, wenn wir Kommissionen einsetzen. Die Hartmann-Kommission beispielsweise hat hervorragende Ergebnisse wie das Projektbüro zur Haushaltskonsolidierung geliefert. Wenn wir die jetzt umsetzen, dann schaffen wir ein Stück Vertrauen. Das ist gut, vernünftig und verlässlich.

Nun sage ich Ihnen noch etwas zum Personaleinsatzmanagement. Ich habe immer das Gefühl, Sie vermuten, wir wollten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung Personaleinsatzmanagement betreiben.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so ist es! Besser kann man es nicht formulieren!)

Als würde es uns Spaß machen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu quälen! Soll ich Ihnen sagen, was wirklich falsch war? Wirklich falsch gewesen ist, kw-Vermerke auszubringen, diese kw-Vermerke zwar nicht zu personalisieren, aber nichts dafür zu tun, dass organisiert wird, dass die Menschen, die auf wegfallenden Stellen sitzen, besser qualifiziert und auf vernünftige Stellen, die nötig und für die sie hervorragend geeignet sind, versetzt werden. Das werden wir mit dem Personaleinsatzmanagement hinbekommen.

(Beifall von der CDU)

Wir helfen mit dem Personaleinsatzmanagement den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Sie werden vernünftige und notwendige Stellen finden und da-

für vorher entsprechend qualifiziert werden, damit sie sie auch ausfüllen können.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Frau Walsken, Sie werden es noch erleben: Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden das, was sie dann tun werden, mit Spaß und Freude und mit Kompetenz tun. Deswegen ist Personaleinsatzmanagement richtig und nicht falsch.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Lienenkämper, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen von der SPD, Herrn Körfges?

Lutz Lienenkämper (CDU): Herr Präsident, das gestatte ich nicht, weil hier eben noch eine Redezeit von 13 Sekunden angezeigt wurde. Ich hatte Luft geholt, den letzten Satz zu sagen, und den sage ich jetzt auch noch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Finanzpolitik ist verlässlich. Das hat diese Debatte gezeigt. Ihr Prinzip – jedenfalls das Prinzip von der SPD – setzt auf Einmaleffekte statt auf Nachhaltigkeit, auf Vertuschen statt auf Transparenz und auf Hoffnung statt auf Vorsicht. Mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lienenkämper. – Für die Grünen hat noch einmal Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Einige Worte muss ich doch noch sagen. Frau Thoben, Sie haben die Kürzung von 300 Stellen in der Steuerverwaltung vor. Das wollen wir nicht. Es gab bei der Anhörung ganz klare Äußerungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, wonach das, was hier gemacht wird, perspektivisch völlig falsch ist, denn es wird nicht in der notwendigen Art und Weise Nachwuchs in die Steuerverwaltung geholt.

Ein weiterer Punkt beim Thema Personal. Sie haben als Erstes 92 neue Stellen in der Staatskanzlei und in der Ministerialbürokratie anstatt zum Beispiel im Bereich der Steuerprüfer, die tatsächlich Geld einnehmen, geschaffen. Obwohl Sie genau wussten, welche hohe Verschuldung wir schon haben, haben Sie gerade im Personalbereich die Verschuldung weiter hochgetrieben. Das Personaleinsatzmanagement führt dazu, dass die jungen und leistungsstarken Leute nicht an den richtigen Plätzen sein werden. Vielmehr schaffen Sie

bei denen die größten Ängste und geben denen die Perspektive, dass ihre Stellen abgebaut werden. Das ist völlig falsch.

Meine Zeit ist sehr knapp, aber ein Letztes noch: Herr Lindner, Sie haben im Haushalts- und Finanzausschuss sehr deutlich gesagt, dass sich die Personalkosten der Stiftung Umwelt und Entwicklung in den letzten Jahren vervielfacht haben. Das stimmt nicht. Sie sind größenordnungsmäßig bei 600.000 € geblieben. Das ist ganz klar im Wirtschaftsbericht nachzulesen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, überhaupt nicht!)

Sie haben auch gesagt, dass der einschlägigen Presseberichterstattung zu entnehmen gewesen sei, dass sich die Sprecherin der Stiftung selbst als Anarchistin bezeichnet habe, dass einzelne Parteigänger der Grünen in dieser Stiftung beruflich tätig geworden seien und dass diese Stiftung zumindest in Teilen ein Tendenzbetrieb sei. Das haben Sie gesagt; das ist im Protokoll nachzulesen. Das ist die Stiftung, bei der der Ministerpräsident dem Stiftungsrat vorsteht. Und die FDP sagt, da arbeiteten nur Anarchisten und nur Grüne! Das sind Ihre Aussagen, und deswegen wollen Sie diese Stiftung plattmachen. Wir werden sehen, wie das Ganze weitergeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Sagel. – Jetzt hat noch einmal Frau Ministerin Thoben für die Landesregierung das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nur damit eines klar ist: Im Jahr 2007 bekommen die Gemeinden vom Land 904 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Beifall von der CDU)

Wir sind mit dem Haushaltsentwurf 2007 auf unserem Konsolidierungspfad – sicherlich begünstigt durch die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage – einen weiteren Schritt vorangekommen. Herr Schartau, ich kann dabei auch noch ein bisschen mehr strahlen, wenn ich Ihnen damit einen Gefallen tue. Das heißt aber nicht – und das sage ich noch einmal mit aller Deutlichkeit –, dass damit Geld für neue Begehrlichkeiten vorhanden ist.

(Beifall von der CDU)

Wir stehen vor einem Schuldenberg von 113 Milliarden € und zahlen dafür knapp 4,7 Milliarden € Zinsen im Jahr. Wir sind immer noch weit davon

entfernt, den Landeshaushalt ohne Neuverschuldung ausgleichen zu können geschweige denn mit der Tilgung von Altschulden beginnen zu können. Auch in den nächsten Jahren wird daher die Gesamtverschuldung des Landes noch weiter anwachsen. Es ist fest damit zu rechnen, dass dadurch auch die Zinsausgaben des Landes weiter steigen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Diesen Kreislauf müssen wir durchbrechen. Deshalb dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Und wir müssen auch in den kommenden Jahren – das wissen Sie genau, Herr Schartau – neue Maßnahmen zur Erzielung struktureller Veränderungen im Haushalt ergreifen. Über zusätzliche Wohltaten brauchen wir uns daher bis auf weiteres keine Gedanken zu machen.

Eine Formulierung von Ihnen habe ich übrigens als Unterstützung unseres Weges aufgefasst. Sie haben geraten, trotz lang anhaltenden Sonnenscheins den Wintermantel dabei zu haben. Der Sonnenschein ist der konjunkturelle Aufschwung und die Verbesserung der Einnahmesituation. Aber der Wintermantel ist die weitere Bewegung auf einem Konsolidierungskurs, weil das für uns der einzig verantwortbare Weg ist. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. – Wir sind, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, am Ende der Beratung.

Ich komme zunächst zu den **Abstimmungen zu Einzelplan 12.**

Dazu liegt ein **Änderungsantrag** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 63 **Drucksache 14/3264** vor. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt.**

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den **Einzelplan 12** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3012.** Wer ist für diesen Einzelplan? – Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind der Einzelplan 12 und die Beschlussempfehlung **angenommen.**

(Beifall von CDU und FDP)